

Berlin, Dienstag,

den 17. März 1885.

Dieses Blatt erscheint in der Woche zwölfmal.

Abonnements-Preis: Vierteljährlich f. Berlin 7 Mark 50 Pf., für ganz Preußen, das übrige Deutschland und ganz Oesterreich 9 Mark.

Insertions-Gebühr: Die halbgelappten Zeile 40 Pf.

Berliner Börsen-Zeitung.

Als Gratis-Beilagen erscheinen außer anderen tabellarischen Übersichten eine Zusammenstellung aller Submissionen, Allgemeine Verloofungs-Tabellen und Auktions-Listen.

Alle Postanstalten, Zeitungs-Spediteure und unsere Expedition nehmen Bestellungen an.

Die einzelne Nummer kostet 10 Pf.

Expedition der Berliner Börsen-Zeitung: Berlin W., Kronenstraße No. 37. — Annahme der Inserate: in der Expedition.

Unsere Leser und Freunde ersuchen wir, die Bestellung unserer Zeitung für das nächste Quartal recht bald bewirken zu wollen, damit wir die Stärke der Auflage danach bemessen und die Unannehmlichkeit vermeiden können, bei späterer Bestellung unvollständige Exemplare zu liefern.

Die „Berliner Börsen-Zeitung“, in ihrer Abend-Ausgabe das inhaltreichste und angesehenste finanzielle Fachblatt Deutschlands, in ihrer Morgen-Ausgabe eine politische Zeitung im umfassendsten Sinne des Wortes, erscheint ununterbrochen seit bisher 12mal in der Woche auch im nächsten Quartal. Die Abonnements-Bedingungen bleiben unverändert. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches sie den Lesern bietet, die Promptheit ihrer Nachrichten, die großen tabellarischen Beilagen, welche sie in jeder Woche giebt, sind so bekannt, daß wir es uns verlagern können, zur Empfehlung derselben noch irgend etwas hinzuzufügen.

Auf einen uns kundzugehenden Wunsch erhalten die neu hinzutretenden Abonnenten die Zeitung schon vom Tage des Abonnements an bis zum Quartals-Ersten unentgeltlich. Bestellungen nehmen alle Postanstalten, Zeitungs-Spediteure und die Expedition der Zeitung an.

„Berliner Börsen-Zeitung“, Berlin W., Kronen-Straße Nr. 37.

Telegraphische Depeschen.

Odenburg, 16. März. (G. T. C.) Amtliches Resultat der im ersten Odenburger Wahlkreise am 12. d. M. vorgenommenen Reichstagswahl. Es wurden im Ganzen 14 809 Stimmen abgegeben, davon erhielt Kandidat Kropffing hier (Fortführ) 7668, Fortmann (nat.-lib.) 6301, Schwarz (Soz) 593 und Winkhorst (cleric.) 241 Stimmen. Ersterer ist amtlich gewählt.

(Siehe auch in der II. und III. Beilage.)

Amtliche Nachrichten.

Der König hat dem Landgerichts-Rath Strammann zu Arnberg, dem emeritierten Warrer Josephson zu Bamern und dem katholischen Warrer und päpstlichen Ehrenpapian Van d'esser zu Danzig den Roten Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem katholischen Stadtpfarrer und Landbedienten Müller zu Hanau und dem evangelischen Warrer Geelvinck zu Weener im Kreise Leer den Roten Adler-Orden vierter Klasse; sowie dem Stadtschirurgen, Wundarzt und Geburtshelfer Wenzler zu Dönnabrid den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse verliehen.

Der Kaiser hat die Vösträthe Dumzaff in Göllin, Schulze in Halle (Saale) und Harzmann in Bremen zu Ober-Vösträthen, die Postinspektoren Hennig in Bromberg, Teitolf in Gumbinnen, den Geheimen expedirenden Secretär Heymann in Berlin, den Postinspector Sörmer in Frankfurt (Oder), die Geheimen expedirenden Secretäre Magalle in Königsberg (Pr.), Deyl in Weignitz und Rangelndorf in Breslau zu Vösträthen ernannt.

Der König hat den Ober-Fortweiser Schulz zu Magdeburg zum Ober-Fortweiser mit dem Range der Räte dritter Klasse und vortragenden Rath, und den selbigen Regierungsrath Humberdind zum Geheimen Regierungsrath und vortragenden Rath im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, und den Hauptmann a. D. und Amtmann Niesch in Franzenberg zum Landrath ernannt.

Der bisherige Real-Programmkalender und commissarische Kreis-Schulinspector Albert Zwerschke in Habelschwerdt ist zum Kreis-Schulinspector ernannt worden.

Dem Landrath Niesch ist das Landrathsamt im Kreise Franzenberg übertragen worden.

Politische Nachrichten.

Berlin, 17. März.

Der Kaiser nahm gestern Vormittag den Vortrag des Hofmarschalls Grafen Bendorfer entgegen, empfing den Commandeur der 4. Garde-Infanterie-Brigade, General-Major Grafen v. Noon, und arbeitete nachmittags mit dem Wirkl. Geh. Rath v. Wilmowski. Mittags 12 Uhr empfingen die Majestäten den Besuch des Großherzogs und der Frau Großherzogin von Baden. Im Laufe des Nachmittags unternahm der Kaiser eine Ausfahrt.

Der Großherzog und die Großherzogin von Baden sind gestern Vormittag hier eingetroffen und im königlichen Palais abgestiegen.

Der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin von Schweden werden, begleitet vom Kammerherrn

v. Edwensjelm und der Hofdame Gräfin Ancrona u., voraussichtlich am 19. d. Mts. in Berlin eintreffen. — Mit dem Großherzog von Oldenburg werden am 20. d. M. auch der Erbprinz und die Frau Erbprinzessin von Oldenburg, sowie mit dem Großherzog und der Frau Großherzogin von Sachsen auch die Prinzessin Elisabeth am Abend desselben Tages hier erwartet. — Der Herzog und die Frau Herzogin von Anhalt werden, begleitet vom persönlichen Adjutanten Hauptmann von Vohs, dem Oberhofmeister v. Trotta und zwei Hofdamen, zur Feier des Kaiserlichen Geburtstages voraussichtlich am Sonnabend, den 21. Abends, aus Dresden in Berlin ankommen. — Der Prinz Albert von Sachsen-Altenburg ist am Sonntag Abend von hier nach dem Haag abgereist, von wo er in zehn bis zwölf Tagen nach Berlin zurückkehrt.

Der Staats-Secretär im Auswärtigen Amt, Staatsminister Graf v. Haffelndt, dessen Nachurlaub mit dem 15. d. Mts. abgelaufen, ist nach Berlin zurückgekehrt und hat mit dem gestrigen Tage seine dienstlichen Functionen wieder übernommen. Das Befinden des Grafen soll ein befriedigendes sein.

Der Abg. Dr. Windthorst überreichte, wie erzählt wird, während der gestrigen Sitzung dem Herzog von Ratibor einen Beitrag für den Bismarck-Fonds von 100 Mark, welche ihm aus Amerika zu diesem Zweck überandt sein sollen.

Wie man der „Germania“ aus Rom mittheilt, hätten in letzter Zeit bedeutende Annäherungen zwischen dem heil. Stuhle und der Preussischen Regierung stattgefunden. Einige dem Vatican näher stehende Prälaten glauben, es stünde in der kirchenpolitischen Frage eine Verständigung in wichtigen Punkten bevor.

Wie wir von guter Seite hören, steht die Vorlage einer Steuerreform im Landtage nahe bevor, doch wird dieselbe keine Capitalrentensteuer, wohl aber die Aushebung der beiden untersten Stufen der Klassensteuer enthalten.

Am Sonntag empfing der Kaiser die Herren Dr. Carl Peters und Kammerherrn Felix Graf Heybr, als Vertreter der Gesellschaft für Deutsche Colonisation. Die Herren durften über die neuesten Erwerbungen in Ostafrika Bericht erstatten. Zumal interessirte sich der Kaiser, wie verlautet, für die geographischen und wirtschaftlichen Eigenarten der neuen, bekanntlich unter Kaiserlich-Deutschen Schutz gestellten Gebiete. Am Tage vorher waren die Genannten vom Prinzen Wilhelm empfangen worden.

Der Reichstag setzte gestern die zweite Beratung der Dampferubventionsvorlage fort. Geh. Rath Reuleaux setzte auseinander, daß die Vorlage ein einheitliches Ganges sei, aus dem man nicht ohne Schaden diese oder jene Linie herausbrechen könne, und wies insbesondere auf Grund von reichen statistischen Material den Werth der Australischen Linie nach. Alsdann ergriff der Reichskanzler das Wort, um mit dem Abg. Richter wegen dessen neuerlicher Aeußerung über die dynamischen Beziehungen zwischen

England und Preußen Abrechnung zu halten. Gegen eine Verwerfung der dynamischen Verwandtschaft in der auswärtigen Politik müsse er Verwahrung einlegen. Das Gewicht der Deutschen Dynamie werde stets nur im nationalen Interesse und niemals für die fürstliche Verwandtschaft in die Waagschale fallen. Die Abfertigung der Bemerkungen des Abg. Richter war eine sehr treffende und wurde augenscheinlich bei den Deutschfreisinnigen nach Gebühr empfunden. Der socialdemokratische Abg. Diez trat für die Dynamie und Australische ein, indem er ausführte, daß das Gesetz nicht allein im Interesse des Großcapitals, sondern auch auf dem der Arbeiter liege. Abg. Born von Pulaach empfahl namens eines Theils der Mitglieder des Gesetz; der nationalliberale Gesichtspunkt sei für sie dabei freilich nicht maßgebend, wohl aber der praktische Gesichtspunkt der Beförderung unserer Exportindustrien. Abg. Sagedewitz sprach namens der Polen gegen die Vorlage und suchte seine Landleute gegen den wiederholt vom Reichskanzler erhobenen Vorwurf landesverrätherischer Bestrebungen zu verteidigen. Dies rief eine Entgegnung des Reichskanzlers hervor, in welcher er sich über die Hoffnungen, Bestrebungen und Ansichten der Polen verbreitete. Abg. Köhrn trat warm für die Vorlage ein und empfahl einen von ihm gestellten Antrag, eine Dampferlinie von Aden nach Port Elisabeth einzurichten. Abg. Birchow verbreitete sich über das ungunstige Klima der Deutschen Colonien und widerlegte weitläufig etwas, was Niemand behauptet hatte, nämlich daß sie sich zu Deutschen Arbeiterüberlassungen eignen. Auch die Birchow'sche Rede rief eine Widerlegung seitens des Reichskanzlers hervor, welcher wiederholt die Schwierigkeiten betonte, die ihm in der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten durch die Thätigkeit des Abg. Richter bereit würden. Gegen die Colonialpolitik ging alsdann noch der Abgeordnete Rade zu Felde, der es fertig brachte, auch hier den Culturkampf mit hineinzuziehen. Auch gegen ihn wandte sich nochmals, zum vierten Mal in dieser Sitzung, der Reichskanzler. Mit einer kurzen Rede des Abg. Meier-Bremen schloß endlich die Debatte ab; ein Schlusstrag wurde gestellt und in namentlicher Abstimmung (auf Richter's Antrag) angenommen. In zweiter namentlicher Abstimmung wurde alsdann mit 170 gegen 159 St. die Australische Linie bewilligt, dafür Conservative, Reichspartei, Nationalliberale und etwa 20 Centrumsmitglieder. Die Afrikanische Linie wurde mit 166 gegen 157 Stimmen abgelehnt. Die weitere Beratung wurde auf morgen vertagt. Das Ergebnis der heutigen Sitzung ist günstiger als erwartet worden. Die Australische Linie war von den Meisten schon aufgegeben gewesen. Hoffentlich gelingt es, in dritter Lesung auch noch die mit geringer Mehrheit abgelehnte Afrikanische Linie zu retten.

Die Gewerbeordnungs-Commission des Reichstags (Antrag Ackermann) trat in ihrer ersten Sitzung vom 14. März zunächst in eine Generaldebatte über den zweiten Theil des Antrags, die Aenderung des § 100 e und den neuen § 100 f ein. Bekanntlich sollen die Befugnisse des § 100 e, welche bis jetzt Annungen, die sich auf dem Gebiete des Verhinderungsbereichs bewährt haben, nach freiem Ermessen der höheren Verwaltungsbehörden verliehen werden